



Rechnungstext: NH HB1700 | 2024 | Regelmäßige Sitzung | Eingeführt

New Hampshire House Bill 1700

Titel des Gesetzentwurfs: Verbot der absichtlichen Freisetzung umweltschädlicher Emissionen, einschließlich Wolkenbildung, Wetterveränderungen, übermäßiger elektromagnetischer Hochfrequenz und Mikrowellenstrahlung, und Verhängung von Strafen für Verstöße gegen dieses Verbot.

Spektrum: Partisan Bill (Republican 2-0)

Status: (Eingeführt) 11.01.2024 – Öffentliche Anhörung: 16.01.2024 13:30 Uhr Legislative Office Building 302-304 House Calendar 2 [HB1700 Detail]

Download: New_Hampshire- 2024-HB1700-Eingeführt.html

HB 1700-FN – WIE EINGEFÜHRT

SITZUNG 2024

24-2554
08/10

HAUSRECHNUNG *1700-FN*

EIN GESETZ, das die absichtliche Freisetzung umweltschädlicher Emissionen, einschließlich Wolkenbildung, Wetterveränderungen, übermäßiger elektromagnetischer Hochfrequenz und Mikrowellenstrahlung, verbietet und Strafen für Verstöße gegen dieses Verbot vorsieht.

SPONSOREN: Rep. Gerhard, Merr. 25; Rep. Potenza, Straf. 19

AUSSCHUSS: Wissenschaft, Technologie und Energie

ANALYSE

Dieser Gesetzentwurf legt ein Regulierungsverfahren fest, um die absichtliche Freisetzung von Schadstoffemissionen in der Atmosphäre von New Hampshire und am Boden zu verhindern, und sieht Strafen für Verstöße vor. Dieser Gesetzentwurf schreibt vor, dass Staatsbeamte und Mitglieder der Öffentlichkeit solche Verstöße der Compliance-Abteilung des Ministeriums für Umweltdienste und Luftressourcen melden müssen und dass die Sheriffs des New Hampshire County die Bestimmungen durchsetzen müssen.

Erläuterung: Sachverhalte, die dem geltenden Recht hinzugefügt wurden, werden in ***Fett- und Kursivschrift angezeigt***.

Inhalte, die aus dem geltenden Recht entfernt wurden, erscheinen [~~in Klammern und durchgestrichen.~~]

Materie, die entweder (a) völlig neu oder (b) aufgehoben und neu in Kraft gesetzt ist, erscheint in regulärer Form.

24-2554
08/10

STAAT NEW HAMPSHIRE

Im Jahr unseres Herrn zweitausendvierundzwanzig

EIN GESETZ, das die absichtliche Freisetzung umweltschädlicher Emissionen, einschließlich Wolkenbildung, Wetterveränderungen, übermäßiger elektromagnetischer Hochfrequenz und Mikrowellenstrahlung, verbietet und Strafen für Verstöße gegen dieses Verbot vorsieht.

Wird vom Senat und dem Repräsentantenhaus in einem einberufenen Gericht beschlossen:

1 Kurztitel. Dieses Gesetz ist bekannt und kann als „Gesetz zur Erhaltung der sauberen Atmosphäre“ bezeichnet werden.

2 Erkenntnisse.

I. Das Gericht stellt fest, dass viele atmosphärische Aktivitäten wie Wetterveränderungen, stratosphärische Aerosolinjektion (SAI), Sonnenstrahlungsveränderung (SRM) und andere Formen des Geoengineerings, die die absichtliche Freisetzung von Schadstoffemissionen beinhalten, der menschlichen Gesundheit und Sicherheit schaden Umwelt, Landwirtschaft, Wildtiere, Luftfahrt, Staatssicherheit und die Wirtschaft des Bundesstaates New Hampshire.

II. Es ist daher die Absicht des Gerichts, SAI-Geoengineering und andere absichtlich umweltschädliche Aktivitäten in der Atmosphäre von New Hampshire und/oder auf Bodenhöhe zu verbieten, wie in den Bedingungen und Bestimmungen dieses Kapitels näher dargelegt, um die Sicherheit, Gesundheit und den Frieden zu wahren Nutzung der Atmosphäre von New Hampshire für Menschen, Wildtiere und Landwirtschaft durch das Verbot

vorsätzlicher Luftverschmutzung und Manipulation der Umwelt sowie durch Durchsetzung und Strafen für rechtswidrige Aktivitäten. Aufgrund der Notwendigkeit, die sich aus der föderalen Haltung ergibt, und der Möglichkeit und Leichtigkeit für Feinde im In- und Ausland, vorsätzlich Schaden anzurichten, werden die „Rechte“ der Staaten, einschließlich ihrer Behörden, gemäß dem Zehnten Verfassungszusatz korrekt ausgeübt, wo Bundesprogramme und Beschränkungen eingeführt wurden bedrückend oder destruktiv.

3 neue Abschnitte; Verbot umweltschädlicher Emissionen, Frequenzen und Strahlung. Ändern Sie RSA 12-F, indem Sie nach Abschnitt 1 die folgenden neuen Abschnitte einfügen:

12-F:2 Regulierung durch den Staat. Angesichts der Verpflichtung der Beamten, die Sicherheit von Leben und Eigentum zu fördern, und aufgrund der Möglichkeit erheblicher Schäden müssen alle mit dem Klimaschutz in Zusammenhang stehenden Staatsbediensteten den Staatseid abgelegt haben oder erhalten haben und die sich daraus ergebenden Pflichten zum Schutz des Eigentums erfüllen Landes- und Bundesverfassungen sowie Wählergruppen von New Hampshire, die eine direkte Reaktion der ernannten Personen auf Wählergruppen und nicht auf ausländische oder nichtstaatliche Körperschaften erfordern. Das Ministerium für Umweltdienste soll potenzielle Verstöße, die von staatlichen Behörden oder Mitgliedern der Öffentlichkeit gemeldet werden, an die Sheriffs des New Hampshire County und das Ministerium für Umweltdienste, Abteilung für Luftressourcen, weiterleiten, wie hierin beschrieben.

12-F:3 Verletzende Aktivität.

I. Der Beauftragte der Abteilung für Umweltdienste erlässt unverzüglich eine Unterlassungsanordnung, wenn eine stratosphärische Aerosolinjektion (SAI), Wolkenbildung, Wetteränderungen oder andere atmosphärische Verschmutzungsaktivitäten, einschließlich übermäßiger elektromagnetischer Radiofrequenz/Mikrowellen, festgestellt werden. RF/MW) Strahlungsemissionen, wenn eine Behörde, eine Abteilung, ein Büro, ein Programm oder ein Mitglied der Öffentlichkeit der Abteilung oder den Sheriffs des New Hampshire County Beweise dafür vorlegt, dass die Aktivität schädlich sein könnte oder die Freisetzung einer umweltschädlichen Emission beinhaltet; Und

II. Die Unterlassungsanordnung gemäß Absatz I hat die Bedeutung einer gerichtlichen Anordnung und jeder Verstoß wird gemäß diesem Kapitel bestraft.

12-F:4 Mitteilung des Ministeriums zur Einstellung von bundesweit oder im Ausland genehmigten Programmen.

I. Wenn eine Tätigkeit, die das Ministerium für Umweltdienste als gefährlich erachtet, ausdrücklich oder stillschweigend von der Bundesregierung genehmigt wurde, muss das Ministerium für Umweltdienste eine Mitteilung an die zuständige Bundesbehörde richten, dass die umweltschädliche Tätigkeit nicht rechtmäßig durchgeführt werden darf innerhalb oder über dem Bundesstaat New Hampshire gemäß dem Zehnten Verfassungszusatz.

II. Einem ausländischen Staat oder einer internationalen Organisation, die eine vom Ministerium für Umweltdienste als gefährlich eingestufte Aktivität ganz oder teilweise finanziert oder sich daran beteiligt, ist es auf Dauer untersagt, atmosphärische Aktivitäten im oder über dem Bundesstaat New Hampshire durchzuführen und solche zu beantragen. Das Ministerium ist berechtigt, einem solchen ausländischen Staat oder einer internationalen Organisation mitzuteilen, dass die umweltschädliche Tätigkeit innerhalb oder über dem Bundesstaat New Hampshire nicht rechtmäßig durchgeführt werden darf.

12-F:5 Strafen und Durchsetzung. Eine juristische Person oder Einzelperson, die eine gefährliche atmosphärische Aktivität ausübt, oder eine juristische Person oder Einzelperson, die ein nicht gekennzeichnetes oder nicht identifiziertes Flugzeug oder ein anderes Fahrzeug oder eine Einrichtung nutzt, um SAI-Geoengineering, Wettermodifikationen, Wolkenbildung oder andere umweltschädliche atmosphärische Aktivitäten durchzuführen:

I. Hat ein Verbrechen begangen und muss eine Geldstrafe von mindestens 500.000 US-Dollar zahlen oder mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 2 Jahren oder beidem bestraft werden;

II. Für jeden Tag, an dem eine rechtswidrige Handlung durchgeführt, wiederholt oder fortgesetzt wurde, wird eine gesonderte Straftat begangen; Und

III. Gilt als Verstoß und unterliegt den Strafen von RSA 125-C, RSA 125-D und RSA 125-I sowie anderen geltenden Umweltverschmutzungsgesetzen des Bundesstaates New Hampshire.

12-F:6 Öffentlichkeitsbeteiligung; Berichterstattung.

I. Die Abteilung veröffentlicht Anzeigen in allgemein verbreiteten Zeitungen und auf der Internet-Website der Abteilung, um die Öffentlichkeit zu ermutigen, gegenwärtige, potenzielle und vergangene Vorfälle zu überwachen, zu messen, zu dokumentieren und zu melden, die eine stratosphärische Aerosolinjektion (SAI), Wolkenbildung oder andere Ereignisse darstellen können umweltschädliche atmosphärische Aktivitäten.

II. Eine Person, die Beweise für SAI-Geoengineering, Wolkenbildung oder andere umweltschädliche atmosphärische Aktivitäten gemäß Absatz 1 vorlegt, sendet eine E-Mail oder auf andere Weise schriftlich an den Beauftragten des Ministeriums für Umweltdienste, die Sheriffs des New Hampshire County oder an einen beliebigen Staatsbeamten die folgende:

(a) Beweisfotos, jedes einzeln als elektronisches oder gedrucktes Dokument betitelt, mit Angabe des jeweiligen Ortes, von dem aus das Foto aufgenommen wurde, und, wenn der Inhalt von einem anderen als einem Messgerät stammt, der Richtung, in der das Foto aufgenommen wurde Zeit und Datum; Und

(b) Gesammelte Proben mit Fotografie, Videografie, Audiografie, Labortests, Mikroskopie, Spektrometrie, Messung und anderen Formen von Beweisen müssen ebenfalls schriftlich an die Compliance-Abteilung des Department of Environmental Air Resources, die Sheriffs des New Hampshire County oder an übermittelt werden jedes staatliche Amt oder jeder staatliche Beamte.

III. Ein Amtsträger, der gemäß Absatz I Informationen erhalten hat und aufgrund der von einer Behörde oder Einzelperson gemäß Absatz II vorgelegten Beweise Grund zu der Annahme hat, dass es sich um rechtswidrige Aktivitäten handelt, muss direkt oder über einen Beauftragten innerhalb von 24 Stunden schriftlich alle dokumentarischen und unterstützenden Beweise an die Behörde melden Umweltministerium und die Sheriffs des New Hampshire County zur Durchsetzung.

IV. Eine Meldung an die Abteilung für Umweltdienste über offensichtlich schädliche nukleare, biologische, transbiologische und/oder chemische („ABC“) Emissionen muss eine Untersuchung der Quelle(n) und des Inhalts dieser Emissionen ohne Einschränkung auslösen. Spektrometrie von Luft und Regenwasser sowie andere Tests können zur Bestimmung spezifischer Emissionsgehalte eingesetzt werden. Wenn die Emissionen laut primärer wissenschaftlicher Studie schädlich für Menschen oder die Umwelt sind, erfolgt die Durchsetzung gemäß RSA 12-F:5.

V. Eine Meldung an das Umweltministerium, die Sheriffs des New Hampshire County oder einen Staatsbeamten über übermäßige elektromagnetische Strahlung oder Felder in irgendeinem Teil des Spektrums, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Mikrowellen- oder Maser-, Infrarot-, Licht- oder Laser- und ionisierende Strahlung, oder Berichte über starke mechanische Vibrationen, Lärm oder andere physikalische Einwirkungen mit Beweisen, einschließlich möglicher Fotografien, Videografien, Audioaufzeichnungen, Messungen der Einwirkungen oder anderer Entdeckungen, müssen innerhalb von 2 Stunden unverzüglich die Notfallmessungen des Umweltdienstes zur Kenntnis bringen Spitzen- und Durchschnittswerte im Laufe der Zeit mit geeigneten, kalibrierten Messgeräten und forensischen Erkennungsgeräten sowohl am als auch in der Nähe des gemeldeten Standorts. Wenn

professionelle Mess- und Überwachungsgeräte benötigt werden, die sich jedoch nicht im Besitz des Staates befinden, muss das Ministerium für Umweltdienste mit akademischen Einrichtungen und deren Experten für Ermittlungstätigkeiten zusammenarbeiten, um in Gerichtsverfahren beweiskräftige Erkenntnisse zu liefern, die unter die Daubert-Regel fallen.

12-F:7 Untersuchungsergebnisse; Antworten. Wie in diesem Kapitel dargelegt, beinhaltet die Manipulation der Umwelt die absichtliche Freisetzung umweltschädlicher Emissionen. Eine Feststellung von:

I. Alle NBCs, die entweder xenobiotisch (lebensfremd) sind und in der natürlichen Umwelt nicht vorkommen sollten, oder die in xenobiotischen Mengen oder Mengen außerhalb der gesetzlichen Grenzwerte des Staates oder der Bundesregierung gefunden werden, werden wie folgt durchgesetzt: über alle Bundes-, Landes- und Unternehmenseinheiten:

(a) Die unverzügliche Mitteilung der Abteilung über die Anforderung des Eigentümers und/oder Betreibers jeder Einrichtung oder Infrastruktur, die die spezifischen Wirkstoffe einsetzt oder freisetzt, Aufzeichnungen über die gesamte Datenerfassung zu Emissionen des bestehenden Betriebs aller Standorte an oder in der Nähe von Xenobiotika zu erstellen Agenten oder übermäßige Werte festgestellt werden oder wurden, und übermitteln Sie diese Aufzeichnungen an die Abteilung;

(b) Die sofortige Anordnung der Abteilung, den Betrieb der Einrichtung(en) oder Infrastruktur einzustellen, mit Ausnahme derjenigen, die für Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Flugsicherheit erforderlich sind; welcher Beschluss die Autorität eines Gerichtsbeschlusses haben soll; Und

(c) Die Bewertung der Abteilung innerhalb von 24 Stunden nach der Leistung des Eigentümers und/oder Betreibers, die zur Einstellung aller Tätigkeiten geführt hat, mit Ausnahme der gemäß Unterabsatz (b) ausgenommenen Tätigkeiten.

II. Hochfrequenz-/Mikrowellenstrahlung (RF/MW), einschließlich Maser, mit einer Signalstärke, die an und in der Nähe des gemeldeten, öffentlich zugänglichen Standorts gemessen wird und über -85 dBm (Dezibel-Milliwatt) für jede von einer übertragenden Stelle angegebene Frequenz oder jedes Kanalband liegt FCC-Übertragungslizenz;

III.(a)(1) Extrem niederfrequente elektrische Wechselstromfelder (AC) von mehr als 1 Volt pro Meter (V/m); oder

(2) Magnetfelder über 1 MilliGauss (mG); oder

(3) Transienten in der elektrischen Verkabelung, auch „schmutziger Strom“ genannt, die aus Sicherheitsgründen gefiltert werden müssen; oder

(4) Ionisierende Strahlung über 0,02 MilliSievert pro Stunde (mSv/h);

(5) Laser oder anderes Licht mit schädlicher Wirkung; oder

(6) Alle Vibrationen, Geräusche, Saser, Schallwaffen oder andere physikalische Einwirkungen, die andere offizielle Grenzwerte, Richtlinien oder Standards wie eCode360 überschreiten, lösen Folgendes aus:

(b) Die unverzügliche Mitteilung der Abteilung über die Anforderung des Eigentümers oder Betreibers jedes Turms, jeder Antenne, jeder anderen Einrichtung oder Infrastruktur, übermäßig energieintensive Übertragungen und/oder öffentlich zugängliche Übertragungen oder andere Energie- oder Vibrationsquellen an oder in der Nähe einzusetzen Meldestandort, um Aufzeichnungen aller Datenerfassungen über die vorhandenen Betreiber an einem oder mehreren Standorten in der Nähe von Orten zu erstellen, an denen übermäßiger xenobiotischer Elektromagnetismus und Felder, mechanische Vibrationen oder andere physikalische Einwirkungen festgestellt werden oder wurden, und um diese Aufzeichnungen innerhalb von 24 Tagen an die Abteilung zu übermitteln Std;

(c) Die sofortige Anordnung der Abteilung, den Betrieb aller Antennen an der gemessenen Struktur oder Einrichtung sowie andere Einsätze von Energie oder Vibrationen, die von der gemessenen Struktur oder Einrichtung ausgehen, einzustellen, mit Ausnahme der für Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Flugsicherheit erforderlichen Einsätze;

(d) Die Bewertung der Abteilung innerhalb von 24 Stunden nach der Leistung des Eigentümers und/oder Betreibers, die zur Einstellung aller Tätigkeiten geführt hat, mit Ausnahme der gemäß Absatz (b) ausgenommenen Tätigkeiten.

(e) Die Weiterleitung potenzieller krimineller Aktivitäten durch das Ministerium an die Compliance-Abteilung des Umweltministeriums für Luftressourcen oder an die Sheriffs des New Hampshire County zur Durchsetzung; Und

(f) Das Ministerium für Umweltdienste oder die Sheriffs des New Hampshire County überweisen mutmaßliche kriminelle Aktivitäten an die Justiz zur Strafverfolgung.

4 Datum des Inkrafttretens. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verabschiedung in Kraft.

LBA

24-2554

11.12.23

HB 1700-FN- STEUERANMERKUNG WIE EINGEFÜHRT

EIN GESETZ , das die absichtliche Freisetzung umweltschädlicher Emissionen, einschließlich Wolkenbildung, Wetterveränderungen, übermäßiger elektromagnetischer Hochfrequenz- und Mikrowellenstrahlung, verbietet und Strafen für Verstöße gegen dieses Verbot vorsieht.

STEUERLICHE AUSWIRKUNGEN: Bundesstaat Kreis Lokal Keine

Geschätzte staatliche Auswirkung – Zunahme / (Abnahme)				
	Geschäftsjahr 2024	Geschäftsjahr 2025	Geschäftsjahr 2026	Geschäftsjahr 2027
Einnahmen	0 \$	0 \$	0 \$	0 \$
<i>Einnahmenfonds</i>	Unbestimmbar			
Ausgaben	Unbestimmbar			
<i>Finanzierungsquelle</i>	Allgemeiner Fonds			
Mittel	0 \$	0 \$	0 \$	0 \$
<i>Finanzierungsquelle</i>	Keiner			

Geschätzte Auswirkung der politischen Unterteilung – Zunahme/(Abnahme)				
	Geschäftsjahr 2024	Geschäftsjahr 2025	Geschäftsjahr 2026	Geschäftsjahr 2027
Kreiseinnahmen	0 \$	0 \$	0 \$	0 \$
Kreisausgaben	Unbestimmbar			
Lokaler Umsatz	0 \$	0 \$	0 \$	0 \$
Lokale Ausgaben	Unbestimmbar			

METHODIK:

Dieser Gesetzentwurf fügt eine strafrechtliche Sanktion hinzu, streicht sie oder ändert sie oder ändert ein Gesetz, das bei Verstößen eine Strafe vorsieht. Daher kann dieser Gesetzentwurf Auswirkungen auf das Justiz- und Justizvollzugssystem haben, was sich auf die Kosten für Strafverfolgung, Inhaftierung, Bewährung und Bewährung sowohl für den Staat als auch für die Bezirks- und Kommunalverwaltungen auswirken könnte. Eine Zusammenfassung dieser Kosten finden Sie unter: https://gencourt.state.nh.us/lba/Budget/Fiscal_Notes/JudicialCorrectionalCosts.pdf

Das Ministerium für Umweltdienste weist darauf hin, dass dieser Gesetzentwurf eine Regulierung und Durchsetzung einer Vielzahl von Aktivitäten erfordern würde, darunter „stratosphärische Aerosolinjektion (SAI), Wolkenbildung, Wetterveränderung oder andere atmosphärische Verschmutzungsaktivitäten, einschließlich übermäßiger elektromagnetischer Radiofrequenz/Mikrowellen (RF). /MW) Strahlungsemissionen“. Das Ministerium gibt an, dass es über keine Fachkenntnisse, Kenntnisse oder sonstigen Informationen zu den Themen dieses Gesetzentwurfs oder über die Möglichkeit verfügt, dass solche Emissionen „die menschliche Gesundheit und Sicherheit, die Umwelt, die Landwirtschaft, die Tierwelt, die Luftfahrt, die Staatssicherheit oder die Wirtschaft schädigen.“ des Staates.

Das Ministerium geht davon aus, dass es mehrere neue engagierte Mitarbeiter benötigen würde, die mit der Erforschung möglicher Gesundheits- und Umweltauswirkungen dieser Themen betraut sind und je nach Forschung Untersuchungen und Durchsetzung gemäß den Anforderungen des Gesetzentwurfs durchführen. Aufgrund der weit verbreiteten Charakterisierung dieser Themen in den sozialen Medien rechnet die Abteilung mit einem stetigen Strom von Beschwerden, die einer Untersuchung bedürfen. Es wird geschätzt, dass es insgesamt zehn oder mehr neue Mitarbeiter für Technik, Ermittlungen/Inspektion und Durchsetzung geben könnte. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass das Justizministerium mehrere zusätzliche Anwälte benötigen würde, um Verstöße zu verfolgen und auf langwierige Rechtsstreitigkeiten zu reagieren. Der Gesetzentwurf würde auch eine Benachrichtigung und Weiterleitung an die Bezirkssheriffs erfordern, sodass für die Bezirke unbestimmbare Kosten entstehen würden. Die mögliche Höhe der erhobenen Bußgelder wäre unbekannt. Auch wenn das Ministerium nicht unbedingt mit der in Abschnitt 2 dargelegten Prämisse der Gesetzgebung übereinstimmt, wird es für die Zwecke der oben genannten Bestimmung der steuerlichen Auswirkungen möglicherweise zu unbestimmbaren Bußgeldeinnahmen kommen. Da die Anzahl der Beschwerden, Untersuchungen und Durchsetzungsmaßnahmen unbekannt ist, sind die Kosten ebenfalls nicht bestimmbar, könnten jedoch erheblich sein.

Das Justizministerium weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf unter anderem dem Ministerium für Umweltdienste die Befugnis verleiht, jeden, insbesondere die Bundesregierung, daran zu hindern, sich an bestimmten klimabezogenen Aktivitäten wie der Wolkensaat zu beteiligen. Die zusätzliche Befugnis scheint sich auf Aktivitäten zu beziehen, die andernfalls möglicherweise unter der bundesstaatlichen Regulierungskontrolle stünden. Das Justizministerium gibt an, dass es zu weiteren Rechtsstreitigkeiten kommen kann, wenn diese Bestimmungen geltend gemacht werden, da Einzelpersonen oder die Bundesregierung selbst wahrscheinlich die Befugnis des Staates anfechten werden, von der Bundesregierung die Einstellung des Betriebs zu verlangen. Die potenziellen Auswirkungen auf das Justizministerium sind nicht abschätzbar, werden aber in jedem Jahr auf zwischen 0 und 50.000 US-Dollar geschätzt. Das Ministerium geht davon aus, dass nur wenige Rechtsstreitigkeiten im Rahmen des aktuellen Budgets bearbeitet werden können, aber mehr Rechtsstreitigkeiten könnten die jährlichen Kosten auf etwa 50.000 US-Dollar erhöhen. Mit dieser Rechnung sind keine Einnahmen verbunden.

Die New Hampshire Association of Counties gibt an, dass dieser Gesetzentwurf die Bezirkssheriffs dazu verpflichten würde, neue Gesetze zur Freisetzung umweltschädlicher Emissionen durchzusetzen. Der Verband kann nicht feststellen, wie viele Verstöße vorliegen würden und welche Maßnahmen zur Durchsetzung erforderlich wären. Der Verband ist nicht in der Lage, für diese Gesetzgebung Kosten zu erheben.

KONTAKTIERTE AGENTUREN:

Justizbehörde, Justizrat, Ministerien für Justiz, Strafvollzug und Umweltdienste, New Hampshire Association of Counties und New Hampshire Municipal Association